

Geschäftsbericht 2010

1. Jahresschwerpunkte

Jahr der Armut

Das von der EU beschlossene Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 fand auch in der Schweiz seinen Niederschlag. Der Bund hatte bereits 2009 einen ersten Entwurf seiner Armutsstrategie in die Vernehmlassung gegeben, an der sich auch die Städteinitiative Sozialpolitik beteiligt hatte. Am 9. November 2010 bot der Bund mit der nationalen Konferenz zur Bekämpfung der Armut die Möglichkeit, sich mit seiner «Gesamtschweizerischen Strategie zur Armutsbekämpfung» und den Positionen der zentralen Akteurinnen und Akteure auseinander zu setzen. Der Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, Martin Waser, vertrat als einer der drei Hauptreferenten die kommunale Ebene. Den Höhepunkt der Konferenz bildete die von Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten unterschriebene gemeinsame Erklärung.

Im Rahmen des nationalen Dialogs Sozialpolitik sollen unter Leitung von Bundesrat Didier Burkhalter die Erkenntnisse aus der Konferenz weiter bearbeitet werden.

Bereits an der Frühlingskonferenz hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Armut zum Thema gemacht und ihre Position und Schwerpunkte im Bereich der Armutsbekämpfung beschlossen. Die Städteinitiative Sozialpolitik hat dieses Thema auch für die folgenden Jahre auf ihre Agenda gesetzt.

AVIG-Revision

Am 26. September 2010 nahm die Schweizer Stimmbevölkerung die 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes an. Die Städteinitiative Sozialpolitik hatte sich zuvor aktiv gegen die ihrer Ansicht nach rein finanzpolitisch motivierte Vorlage mit massiven Auswirkungen auf die Städte engagiert. Es waren Unterlagen zuhanden der Mitglieder erstellt worden, und der Präsident hatte die Position der Städte auch in Interviews und in der Arena-Sendung des Schweizer Fernsehens vertreten.

Zugang zur Berufslehre für Sans Papiers

Papierlose Jugendliche können zwar schulische, aber keine beruflichen Ausbildungen absolvieren, da diese an eine gültige Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung gekoppelt ist. Weil sie mehrheitlich in den Städten leben, haben diese ein besonderes Interesse, diese ungerechtfertigte Ungleichbehandlung zu beheben. Eine Arbeitsgruppe der Städteinitiative Sozialpolitik und des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) hat sich intensiv mit der Thematik befasst, die – insbesondere nach dem Entscheid der Stadt Lausanne, papierlosen Jugendlichen den Zugang zu städtischen Lehrstellen zu ermöglichen – schweizweit intensiv diskutiert wurde. Die Arbeitsgruppe zeigte auf, dass die heute bestehende Ungleichbehandlung zwischen schulischem und dualem Ausbildungsweg nicht gerechtfertigt ist und im Rahmen einer einheitlichen Lösung auf Bundesebene aufgehoben werden muss.

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich daher zusammen mit dem SSV gegenüber den eidgenössischen Räten für eine Motion von Nationalrat Luc Barthassat eingesetzt, Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre zu ermöglichen. Nachdem diese Motion von beiden Räten gutgeheissen worden ist, muss der Bundesrat nun eine Umsetzungsvorlage erarbeiten (wobei allerdings kurz darauf die Staatspolitische Kommission des Nationalrats weitere diesbezügliche Standes- und parlamentarische Initiativen zur Ablehnung empfohlen hat). Die Städteinitiative Sozialpolitik und der SSV haben ihre Bereitschaft zur Mitwirkung bei der konkreten Umsetzung klar signalisiert.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Nach einer zehnjährigen Projektphase und einer entsprechenden Evaluation entschied sich der Bund, die nationale IIZ-Struktur neu zu organisieren. Wesentliche Änderungen sind, dass neben einem IIZ-Steuerungsgremium auch noch ein Koordinationsgremium geschaffen wird, das für die Weiterentwicklung und koordinierte Umsetzung der IIZ im Alltag sorgen soll. Der SSV und die Städteinitiative Sozialpolitik haben in beiden Gremien einen Sitz. In Absprache mit dem SSV vertritt ab 2011 Martin Waser (Präsident Städteinitiative Sozialpolitik) die Städte im Steuerungsgremium, während Armin Manser (Abteilungsleiter Soziales, Uster) im Entwicklungs- und Koordinationsgremium Einsitz nimmt.

Vernehmlassungen

Im vergangenen Jahr nahm die Städteinitiative im Rahmen von Vernehmlassungen des Bundes zu sozialpolitischen Themen wie der IV-Revision 6b, der Kinderbetreuungsverordnung oder der Arbeitslosenversicherungsverordnung zuhanden des SSV Stellung. Die Positionen der Städteinitiative Sozialpolitik fanden jeweils Eingang in die Stellungnahme des SSV zuhanden des Bundes.

Präsidiumswechsel

Nach acht Jahren Präsidium trat Ruedi Meier per 30. Juni 2010 von seinem Amt zurück. Die Mitglieder wählten an der Frühlingskonferenz 2010 Stadtrat Martin Waser (Sozialvorsteher der Stadt Zürich, SP) zu seinem Nachfolger. Er trat dieses Amt offiziell am 1. Juli 2010 an. Ruedi Meier wurde an der Frühlingskonferenz offiziell verabschiedet. An dieser Stelle sei sein langjähriges Engagement als Präsident nochmals verdankt. Er wird der Städteinitiative Sozialpolitik weiterhin als Vorstandsmitglied erhalten bleiben.

2. Vorstand

Der Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik erfuhr 2010 zwei wesentliche Änderungen. Einerseits übernahm Martin Waser von Ruedi Meier das Präsidium und damit die Leitung des Vorstandes, andererseits wurden an der Herbstkonferenz die zwei neuen Mitglieder Jeanette Storrer (Schaffhausen, FDP) und Nicolas Galladé (Winterthur, SP) in den Vorstand gewählt. Somit setzte sich der Vorstand am 31. Dezember 2010 folgendermassen zusammen: Stadtrat Martin Waser (Zürich, SP, Präsident, seit 2009), Stadtrat Jean-Christophe Bourquin (Lausanne, SP, Vizepräsident, seit 2007), Gemeinderätin Edith Olibet (Bern, SP, seit 2005), Stadtrat Nino Cozzio (St. Gallen, CVP, seit 2007), Stadtrat Ruedi Meier (Luzern, Grüne, seit 2002), Stadträtin Jeanette Storrer (Schaffhausen, FDP, seit 2010) und Stadtrat Nicolas Galladé (Winterthur, SP, seit 2010).

Der Gesamtvorstand traf sich 2010 insgesamt dreimal. Zudem vertraten Martin Waser in der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (zur IV-Revision) und Jean-Christophe Bourquin an der Sitzung des Vorstandes des SSV (zur Thematik des Zugangs zur Berufslehre für Sans Papiers) die Positionen der Städteinitiative Sozialpolitik.

3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle wechselte aufgrund des Präsidiumswechsels per 1. Juli von Luzern nach Zürich. Ursi Schweizer, stv. Departementssekretärin des Sozialdepartements der Stadt Zürich, übernahm von Marcel Schuler, Stabschef der Sozialdirektion Luzern, deren Leitung. Marcel Schuler sei an dieser Stelle für sein Engagement für die Städteinitiative Sozialpolitik gedankt.

Als nationale Organisation ist es der Städteinitiative Sozialpolitik ein Anliegen, die Zusammenarbeit mit den Städten der Westschweiz und deren Präsenz auf der gesamtschweizerischen Ebene zu verstärken. Im Februar und Mai 2010 fanden unter der

Leitung von Jean-Christophe Bourquin (Lausanne) zwei Treffen in Neuchâtel statt, um gemeinsam über mögliche Massnahmen zu diskutieren. Erfreulicherweise haben dabei zahlreiche politische und fachliche VertreterInnen ihr Interesse an einem Ausbau der Städteinitiative Sozialpolitik in der Romandie bekundet (regelmässige Vernetzungstreffen und gemeinsame Themenbearbeitung).

4. Arbeitsgruppe Leitende Angestellte

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte trafen sich zu drei ordentlichen Sitzungen, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion aktueller Fachthemen gewidmet waren. Beim Austausch standen die wirtschaftliche Entwicklung und mit ihr die Fallzahlen der Sozialhilfe sowie die Auswirkungen von IV- und AVIG-Revisionen im Vordergrund. Im Rahmen einer ganztägigen Arbeitstagung zum Thema Langzeitbezug in der Sozialhilfe wurden Ergebnisse einer Studie der Berner Fachhochschule analysiert und Auffälligkeiten bzw. Besonderheiten der individuellen Problemstellungen dieser Kategorie von Sozialhilfebeziehenden diskutiert. Auch hier zeigt sich immer wieder, wie unterschiedlich die Entwicklungen in den einzelnen Städten sind.

Vierzehn Personen nahmen im Herbst an der von consens Hamburg organisierten Studienreise zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit nach Norddeutschland und in die Niederlande teil. Die Reise gab einen spannenden Einblick in konkrete Projekte sowie die Systeme beider Länder zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Bereits zum elften Mal wurde der Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten erarbeitet und herausgegeben. Gleich zwei Neuerungen wurden umgesetzt. Der Kreis der Städte konnte von bisher acht auf dreizehn erweitert werden, und als Datenbasis diente erstmals die schweizerische Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS). Die grösste Auffälligkeit der Fallentwicklung im Jahr 2009 war, dass sie in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich war. So hielten sich die Städte mit Fallwachstum und diejenigen mit einem Rückgang praktisch die Waage.

5. Konferenzen

Am 7. Mai fand in Neuenburg die Frühlingskonferenz zum Thema «Die soziale Frage stellt sich zuerst in der Stadt: Integration fördern – Armut bekämpfen» statt. In Workshops tauschten sich die Mitglieder bezüglich Frühförderung, sozialer Integration oder Gesundheit und Soziales aus.

An der Herbstkonferenz vom 26. November in Basel widmeten sich die Mitglieder den strategischen Herausforderungen auf dem Weg zur Sozialen Stadt. Referenten aus der Wissenschaft, der Praxis und der Politik lieferten spannende Ausgangspunkte für eine angeregte offene Diskussionsrunde. Auch die Konferenzen 2011 sollen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Sozialen Stadt thematisieren.

6. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Aufgrund der Zusammenarbeit mit weiteren (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Kernanliegen auf Bundesebene verstärkt vertreten. In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK)
- Perspektive Familienpolitik
- Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)
- Schweizerische Projektorganisation IIZ-MAMAC
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM)
- Nationaler Dialog Sozialpolitik

Eine enge Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik mit den folgenden Organisationen:

- Schweizerischer Städteverband (SSV)
- Schweizerischen Gemeindeverband (SGV)
- Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)

Besonders intensiv ist die Zusammenarbeit mit dem SSV, dessen Sektion die Städteinitiative Sozialpolitik ist. Sie arbeitet thematisch wie auch organisatorisch eng mit ihrer Dachorganisation zusammen. Verstärkt hat sich erneut die gemeinsame Lobbyarbeit (u.a. Sans Papiers, IV-Revision, Zuständigkeitsgesetz).

Mit SKOS und SGV wurde auch im letzten Jahr die themenbezogene Zusammenarbeit gepflegt (z.B. bezüglich IV-Revision, Strategie zur Bekämpfung der Armut etc.). Über die fachliche Ebene hinaus ist es gerade gegenüber den Bundesgremien wichtig, die gemeinsamen sozialpolitischen Anliegen möglichst kompakt und kohärent vertreten zu können. In diesem Sinn soll der Austausch auch auf politischer Ebene weiter geführt werden.

7. Mitgliederbestand 2010

| | |
|----------------------------------|----|
| Total Mitglieder per 31.12.2010: | 58 |
| Total Eintritte: | 3 |
| Total Austritte: | 0 |

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik
Martin Waser, Präsident
Ursi Schweizer, Geschäftsleiterin

Zürich, 18. März 2011